

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo alllich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Ungehehen und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 10  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Aktien werden verschenkt

Am 15. August 1925 schenkte Dr. Edmund Stinnes, der älteste Sohn des verstorbenen Großindustriellen Hugo Stinnes, den Arbeitern der Aga-Werke rund 2 Millionen Aktien des genannten Werkes. Damit dürfte zum ersten Male in der Wirtschaftsgeschichte, vorausgesetzt, daß die Arbeiter die Aktien annimmt, der Fall eintreten, daß die Belegschaft eines leistungsfähigen Industriebetriebes dessen Großaktionär wird. Der Aktienschenter hat sich dabei von seiner sozialen Verantwortung lösen lassen. Es sollte auch kein sozialreformatorischer Versuch vorgenommen werden. Es handelt sich vielmehr bei diesem Geschenk, so außergewöhnlich es auch erscheint, um eine durchaus nützliche Angelegenheit, um den Agawerken, die, soweit wir die Dinge überschauen, nicht mehr und nicht weniger verschuldet sind als ähnliche Unternehmungen, aber ganz ohne Betriebsmittel sind, den erforderlichen Kredit zur Weiterführung des Betriebes zu verschaffen.

Als Hugo Stinnes starb, hinterließ er den Riesenbesitz seinen beiden Söhnen Edmund und Hugo. Beide waren den Anforderungen dieses Riesenvermögens nicht gewachsen. Schon im Frühjahr 1925 stellte es sich heraus, daß der größte Teufel der Welt völlig fest saß und überschuldet war. Die beiden Erben waren mit ihrem Latein zu Ende. Da boten die deutschen Banken Hilfe an. Hugo Stinnes, der jüngere der beiden Brüder, und seine Mutter nahmen das Angebot an und verschrieben sich mit Haut und Haaren den Banken, die unter Führung des Großbankiers Jakob Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank das sogenannte Stützungskontingent für die Stinnes-A.-G. bildeten. Dr. Edmund Stinnes aber mochte wohl den Hunger der Banken nach deutschen Industrieunternehmen ahnen und lehnte für sein Teil die Sanierungsaktion ab. Er wollte sich anderweitig helfen. Die Verschleuderung von Stinneswerten — wir verweisen nur auf den Verkauf der Deutsch-Lugemburg-Aktien weit unter Preis — durch das Stützungskontingent hat ihm ja auch Recht gegeben. Es kam so zu einer Teilung des Stinneschen Industrievermögens, in der Dr. Edmund Stinnes folgende Werte übernahm: Rund nominell 4,3 Millionen Mark Aga-Aktien, die die Mehrheit der Agawerke in Berlin darstellen, sämtliche Anteile der Zelos-Verkehrsgesellschaft, die Mehrheit der Nordstern Allgemeine Versicherungs-A.-G., eine Karte Minderheit der Nordsternbank, eine große Anzahl von Anteilen der Deutschen Eisenbahnreklamengesellschaft und Aktien der Diskont- und Effektenbank in Amsterdam. Außerdem hatte sich Dr. Edmund Stinnes in dem Auseinanderlegungsvertrag mit dem Bruder und seiner Mutter die Zahlung von 6 Millionen Mark ausbedungen. Diese Teilung der Stinneschen Erbmasse wurde dann von den Banken, die aber nach der Teilung dem Edmund Stinnes noch einen Kredit von 2 1/2 Millionen Mark zusicherten, mit der Begründung angefochten, daß dadurch dem Stinneskonglomerat wertvolle Sachen entzogen und die Gläubiger des Konzerns geschädigt werden. Darauf erklärte Edmund Stinnes nach längeren Verhandlungen, daß er die Werte nach Holland verkauft habe. Die Banken verlangten nun von ihm, daß er den Kauf rückgängig mache oder den Erlös aus dem Verkauf zur Befriedigung der Gläubiger des Stinneskonglomerats zur Verfügung stelle. Da er sich weigerte, traf ihn der Bankrott der Banken, die Kreditperrre. Bei den Agawerken wurden die Betriebsmittel knapp, Warenvorräte mußten verpfändet werden. Man konnte die Löhne nicht mehr pünktlich zahlen, die Lieferanten hielten mit ihren Lieferungen zurück, und die Dinge wurden so auf die Spitze getrieben, daß die Stilllegung eines durchaus rentablen und leistungsfähigen Betriebes in bedrohliche Nähe rückte.

Da die Banken Edmund Stinnes jeden Kredit verweigerten, blieb ihm nur der eine Weg offen, wenn er das Werk nicht verkaufen wollte, sich staatlichen Kredit zu verschaffen. Um die öffentlichen Stellen dafür geneigt zu machen, bot er seiner Arbeiterschaft die Aktien zum Geschenk an, in der Hoffnung, daß man der Arbeiterschaft das nicht verweigere, was man ihm verweigerte: den Kredit.

Bei dem Kampf um die Agawerke geht es um 3 bis 4 Millionen Mark. Angehts der Werte, die tatsächlich in den letzten Tagen aus dem Stinneskonglomerat verschleudert worden sind, ist diese Summe so niedrig, daß sie unmöglich die Schärfe erklären kann, die der Kampf angenommen hat. Man versteht ihn auch nur recht, wenn man ihn als einen Machtkampf auffaßt und ihn als den alten Kampf zwischen Unternehmer und Geldheiser, zwischen Fabrikant und Bank, zwischen Industriekapitalismus und Finanzkapitalismus betrachtet. Dieser Kampf hat sich eben, zum Teil aus persönlichen Ursachen, zu einem Duell zwischen Jakob Goldschmidt, dem einflussreichen Beherrscher der Darmstädter und Nationalbank, und Edmund Stinnes zugespitzt. Die dem Kampf liegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich nach der Stabilisierung der deutschen Währung und Wirtschaft vollzogen haben.

Solch riesige Sachwerte, wie man sie z. B. im Stinneskonglomerat aufgehäuft hatte, bedeuteten Riesenverluste, wenn es nicht gelang, sie rentabel zu machen. Das gelang dem Stinneskonglomerat, wie auch dem größten Teil der deutschen Industrie nicht. So stellte sich bald der fühlbare Mangel an Betriebskapital ein, der dem flüssigen Kapital, dem Betriebsmittelkapital, das ungeheure Übergewicht gegenüber dem verlustbringenden Sachwert verlieh. Flüssiges Kapital hatten aber die großen Banken. Damit hatten sie aber das Mittel in der Hand, um die ganze deutsche Industrie, ähnlich wie es vor dem Kriege war, wieder in ihre Hand zu bringen. Der Kampf im Stinneskonglomerat wurde die erste Handhabe dazu. Und der Kampf Goldschmidt gegen Edmund Stinnes dürfte unter Umständen vorbedeutend für den Ausgang des Kampfes sein.

### Volkssteuern als Dames-Last

Das Damesgutachten betont ausdrücklich, daß die steuerliche Art der Lastenausgleichung eine rein deutsche Angelegenheit sei. Deswegen wurden zur Reform der deutschen Steuerwirtschaft nur Vorschläge und keine bindenden Vorschriften gegeben, im Gegensatz zu den sonstigen Partien des Gutachtens. Aber die Bedeutung der Vorschläge wurde dadurch unterstrichen, daß recht eindeutig betont war, daß sie von den Sachverständigen einstimmig gefaßt seien.

Nachdem man sich seinerzeit beim Abweichen vom Vorschlage eines Tabakhandelsmonopols von den Aktiven die Gewißheit verschafft hat, damit nicht anzustoßen, bleibt die Frage offen, ob die Ungenüchtheit unserer Rechtsregierung und ihrer Parteien bei der laufenden Steuerreform durch ähnliche Auskünfte innerlich gestiftet worden ist. Wir sind nicht erst in der Vorbereitung der Aufteilung der zukünftigen Dameslasten, diese Umlegung ist schon in vollem Zuge.

Nehmen wir aus dem eben abgeschlossenen ersten Steuerquartal 1925/26 nur einige Zahlen: An Körperschaftsteuer — Einkommensteuer der juristischen Personen (Aktiengesellschaften usw.) ist im ersten Quartalsmonat (April 1925) einkommen 23 Millionen Mark, im Mai 23 Millionen, im Juni dagegen nur 7,8 Millionen. An Vermögenssteuer kamen in den erwähnten drei Monaten ein: 20, 33 und 13,7 Millionen. An Einkommensteuer der sich selbst Einschätzenden gingen ein: 95,9, 63,4 und 32 Millionen.

Naturngemäß schwanken die monatlichen Aufkommen an Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer und Einkommensteuer der sich selbst Einschätzenden, weil sie ja nicht automatisch — quellenmäßig — erhoben werden, sondern als Abschlagszahlungen zu bestimmten Terminen, mit und ohne Schonrücken, nach Reklamationen und Stundungen eingehen. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, der starke Abfall der obigen Zahlen während der jüngst vergangenen drei Monate finde in diesen Umständen seine natürliche Erklärung. In Wirklichkeit ist durch allgemeine Stundung einzelner Abschlagszahlungen, die dann mehr oder weniger ganz erlassen wurden, der Abbau jener Steuern schon Wahrheit geworden, bevor noch die Steuerreform, die diese Kapitalsteuern in ein großzügiges System bringen soll, gesetzliche Wirklichkeit geworden ist.

Wie sieht es im Gegensatz dazu bei der Lohn- und Gehaltsbesteuerung aus?

Man wird sich entsinnen, daß das Reichsfinanzministerium gegenüber dem Verlangen der Sozialdemokratie auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums hilfernd „nachwies“, wie jede 10-M Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltsanteils in riesenhaften Einnahmeausfällen zur Auswirkung kommen werde. Damit hat sie erfolgreich die sozialdemokratische Forderung auf monatlich 10-M steuerfreien Einnommensbetrag abgemehrt. Es kam nur zu einer Erhöhung von 60 auf 80 M. Im Monat Juni sind etwa noch zur Hälfte Steuerbeträge aus der Zeit vor dieser Heraufsetzung eingegangen, dennoch kann man schon jetzt sehen, daß Herr v. Schlieben sich damals, sagen wir, verrechnet hat, denn an Lohn- und Gehaltssteuer sind eingegangen im

April . . . . .	126,1 Millionen
Mai . . . . .	136,9
Juni . . . . .	131,9

Soweit im Juni durch Lohn- und Gehaltssteuern — die ja automatisch von der Besteuerung sofort erfaßt werden — höhere Steuereinnahmen erzielt worden sind, wurden sie durch zunehmenden Arbeiter- und Angestelltenabbau ausgeglichen. Unter Berücksichtigung dieser sich gegenseitig aufhebenden Korrekturen kann also gesagt werden, daß die kürzlich beschlossene Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 80 M monatlich keine leistungsfähigen Steuerausfall gebracht hat.

Man vergleiche diese Tatsache mit der Wandlung der Steuerziffern der Körperschaften, der Vermögensbesitzer und derjenigen, die sich selbst zur Einkommensteuer einschätzen — zu denen im besonderen auch die Landwirtschaft gehört. Die Schlussfolgerungen ergeben sich dann von selbst.

Was ergibt sich nun bei einem Generalvergleich der wichtigsten Steuern in ihren Einnahmen im ersten Steuerquartal mit dem Haushaltsvoranschlag, wenn die Einnahmen des ersten Vierteljahres auf das ganze Steuerjahr umgerechnet werden?

Steuerart	Zusätzliche Einnahmen im ersten Vierteljahr 1925/26		Haushaltsvoranschlag 1925/26
	1925/26	Vorausgeschätzte Einnahme 1925/26	
in Millionen Mark			
Lohnsteuer . . . . .	896	1580	1344
Selbsteinschätzer . . . . .	191	764	876
Vermögenssteuer . . . . .	67	268	260
Umsatzsteuer . . . . .	371	1484	1260
Kapitalertragssteuer . . . . .	87	148	198
Fahrtartensteuer . . . . .	48	172	110
Frachtkostensteuer . . . . .	88	162	120
Bölle . . . . .	111	444	160
Tabaksteuer . . . . .	162	608	380
Biersteuer . . . . .	65	260	128
Zuckersteuer . . . . .	61	244	231

Die Ziffern sprechen deutlich genug! Allein die Lohnsteuer wird nach aller Voraussicht im laufenden Steuerjahre 1580 Millionen Mark erbringen, während gemeinsam mit der Einkommensteuer der sich selbst Einschätzenden (und mit dem Steuerabzug vom Kapitalertrag) an Einkommensteuer im Haushaltsvoranschlag nur 1344 Millionen Mark eingestellt worden sind. Das Gesamtbild ist ungeheuerlich. Die tatsächlichen Steuereinnahmen widersprechen nicht nur dem Voranschlag. Das wäre schon daraus zu verstehen, daß der gesamte Voranschlag des Reiches für 1925/26 einfaß der abgezeichnete und unkorrigierte Voranschlag von 1924/25 ist. Sie widersprechen aber auch allen Behauptungen der Regierungsparteien, die immerfort von der Notwendigkeit des Steuerumbaus im Sinne einer Beschönigung und einer Förderung der Kapitalbildung reden. In Wirklichkeit besagen schon die bisher vorliegenden Ziffern, daß Deutschland auf dem Wege ist, die kommenden Dameslasten auf die Art aufzubringen, daß sie von der breiten Masse des Volkes, von den kleinen Leuten, von den Armen und Notleidenden so gut wie ausschließlich allein getragen werden.

Die Lastenverteilung, die eine rein deutsche Angelegenheit ist, ist in vollem Zuge. Dieser ungeheuerliche Volksbetrug ist eine Folge des Präsidentenwahlgesetzes der Rechten. Ein Volksblockpräsident hätte es nicht wagen dürfen, die jetzt laufende Steuerreform zu unterschreiben! Das deutsche Volk zahlt für seine eigene politische Unreife.  
Kurt Heinig in der „Blode“.

### Der Mensch das Maß der Dinge

Die Frankfurter „Wirtschaftskurve“ hat im vorigen Jahr ein Preisauschreiben veranstaltet über „Die Steigerungsmöglichkeit der Produktion innerhalb der deutschen Landwirtschaft“. Zwar wird es nicht ausdrücklich gesagt, aber man kann sich wohl denken, daß sie auf diese Weise zum Kampf gegen die geplanten Bölle beitragen wollte, indem sie hoffte, durch die einlaufenden Preisarbeiten den Nachweis zu erbringen, daß der Landwirtschaft auch ohne Bölle geholfen werden kann. Ein kindliches Beginnen! Die Agrarier haben an sich gewiß nichts gegen eine Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft, aber doch nur, wenn dadurch ihre Einkünfte gesteigert werden. Hieran kommt es ihnen an. Das aber glauben sie durch Bölle sicherer und schneller zu erreichen, und deshalb werden sie an ihren Forderungen festhalten, mag man ihnen noch so schlagend beweisen, daß die Produktion auch ohne Bölle erhöht werden kann.

Nun aber hat sich ein Wunder begeben. Die Preisarbeiten sind eingelaufen, die Preise verteilt worden, und in ihrem neuesten Heft (1925 Nr. 2) veröffentlicht die „Wirtschaftskurve“ den mit dem ersten Preis gekrönten Aufsatz. Verfasser ist der Landwirt Otto Lauer vom Gute Hohenheim auf der Filderebene bei Stuttgart. Er gibt eine ernste und sachliche Darlegung der Betriebsweise und ihrer Erfolge auf diesem Gute, um zu erkennen, woran die Erfolge gelegen haben und was demgemäß zu tun sei, um die Erträge auf diesem Gut sowohl wie anderwärts zu vermehren. Aber siehe da, unter der Hand verschleibt sich dem Verfasser das Thema: Statt zu forschen, wie man die Produktion vermehren kann, forscht er, wie sich die Rentabilität des Betriebes steigern läßt! Mit anderen Worten: anstatt das zu suchen, was für die Volkswirtschaft wichtig ist, nämlich die Vermehrung der Erzeugnisse, der Kartoffeln, des Getreides, des Viehs usw., sucht er nach dem, was der Privatwirtschaft am Herzen liegt, wie man die Einnahmen des Gutsbesitzers erhöhen kann, sei es mit, sei es ohne Steigerung der Produktion.

Das Ergebnis ist, vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus, niederschmetternd. In kurzem und klarem Deutsch gebracht, lautet es: Bei den gegenwärtigen Verhältnissen nach der Stabilisierung (womit augenscheinlich die amtliche Festsetzung des Wertes der Mark im Verhältnis zum Dollar gemeint ist) lassen sich die Roherträge überhaupt nicht steigern; dagegen ist eine Steigerung der Reinerträge möglich, indem man gewisse Betriebsausgaben einschränkt. Somit hat der Verfasser die in dem Titel des Preisauschreibens gestellte Frage „Steigerungsmöglichkeit der Produktion“ klipp und klar verneint. Aber trotzdem, sagt er, läßt sich der Reinertrag, das heißt der Profit des Besitzers vermehren; man muß nur „sparsam“ wirtschaften. Wie aber diese „Sparsamkeit“ aussehend soll, darüber läßt er ebenfalls keinen Zweifel; sie besteht in der „Ersparung“ von Arbeitslöhnen! In vielen Stellen wiederholt er es: „Die Verwendung der menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte muß auf Kosten der tierischen Arbeitskräfte eingeschränkt werden.“ (S. 241.) Also der Landarbeiter sowohl wie die Maschinen sollen dem Pferd und dem Rinde weichen. Außerdem aber soll auch der Mensch der Maschine Platz machen: „Der Ertrag von Handarbeit durch Maschinenarbeit muß auch heute noch lohnend sein.“ Der tüchtige Landwirt muß den Arbeitstag und die Arbeitsweise übermessen, um festzustellen, „ob nicht da und dort an Arbeitskraft gespart werden kann“ usw. Es ist richtig, daß dies nicht das einzige Mittel ist, das er vorschlägt. Er spricht auch von vorteilhafter Verwendung des Düngers, er rät, wenig Pflanzen zu verkaufen und sie lieber zur „Tierproduktion“ zu verwenden (weil deren Verkaufspreise fast durchweg höher liegen) u. a. m. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß sein oberster Zweck ist Steigerung der Einkünfte des Gutsbesitzers und daß er als das ergiebigste Mittel hierzu herausfindet Einschränkung der Beschäftigung von Menschen, obgleich die Produktion als solche dadurch nicht vermehrt wird.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß dies die mit dem ersten Preis gekrönte Arbeit ist — andere sollen noch später

veröffentlicht werden — so ist ihre Bedeutung kaum zu überschätzen. Es ist keine Übertreibung, daß sie den vollständigen Bankrott des kapitalistischen Systems ausdrückt. Durch ihren Mund sagt der Kapitalismus: „Die Produktion vermehren, was so ungeheuer notwendig wäre, wenn unser Volk leben und zu essen haben soll — das vermag ich nicht; aber deshalb brauche ich von der Bühne nicht abzutreten, denn ich verstehe etwas anderes, ich kann die Profite der Unternehmer vermehren, indem ich noch mehr Arbeiter entlasse.“

Was hierzu vom allgemeinwirtschaftlichen, vom sozialistischen Standpunkt aus zu sagen wäre, brauche ich nicht hinzuzufügen. Die Leser dieses Blattes wissen das von selbst. Bezeichnend ist aber, daß der Verfasser zum Schluß sich auf das Goethe-Wort beruft: „Der Mensch das Maß der Dinge.“ Er will damit sagen, daß es letzten Endes auf die persönliche Tüchtigkeit des Betriebsleiters ankommt, der wissen muß, wann, wo und wieviel Arbeiter er jedesmal auf die Straße zu setzen hat. Aber welche grausamer, wenn auch vom Wesen des Kapitalismus untrennbarer Lohn liegt darin, den Menschen als Maß der Dinge anzurufen in dem Augenblick, wo man möglichst viele Menschen brotlos zu machen empfiehlt!

## Aus dem Reichstag

Zur Gründung der Zollvorlage hielt der Reichstanzler Dr. Lütcher eine Rede, die man wie Limonade. Es wurde ihm ansehender nicht leicht, darzumachen, daß die neuen Zölle einen Vorteil bedeuten für die deutsche Wirtschaft, weil bekanntlich alle anparteilichen Sachkenner gegenteiliger Meinung sind. Als er jagte, daß die Regierung bei ihrer Beschöpfung Rücksicht nähme auf die Lebenslage der arbeitenden Massen, wurde er durch die Zusage unterbrochen: „Er verhöhnt die Hungernden obendrein noch!“ Wegen fand er bei der Opposition verhältnismäßige Zustimmung, als er den Satz prägte: „Das deutsche Volk ist wirklich bellagenswert.“ Wenn ein Volk, das eine solche Regierung und eine solche Regierungsmehrheit hat, wie die deutsche, ist in der Tat im höchsten Grade bellagenswert. Der Reichstanzler suchte die Vorlage, die zweifellos eine ungeheure Vertierung der Lebensmittel bringen wird, dadurch schmählich zu machen, daß er allerlei Maßregeln — in Aussicht stellte, um eine Senkung der Preise herbeizuführen. Die Regierung, so jagte er, wird den wirtschaftlichen Verbänden gegenüber eine einseitige Preisfestsetzung für den 1. Oktober nachdrücklich betreiben und nötigenfalls von ihrer gesetzlichen Handhabe zur Preisfestsetzung Gebrauch machen. Dieses Versprechen berührt förmlich im Munde des Vertreters einer Regierung, die weiter nichts ist und weiter nicht sein will, als das gesungene Wort der Großagrarier und Großindustriellen. Wenn das deutsche Volk von Verprechungen satt werden könnte, wäre es längst das glücklichste Volk der Welt; aber der denkende Teil dieses Volkes weiß, daß es weder durch die Helmschmied des „Netters“ Hindenburg, noch durch die Maßnahmen des Bürgerbelämpfers Lütcher aus seinem Elend befreit werden kann.

Die Vertreter der Reichstagsminderheit zerprüdten die Zollvorlage nach allen Regeln der Kunst. Sie wiesen überzeugend nach, daß die neuen Zölle ein Unglück seien für die deutsche Wirtschaft, daß sie die Masse ungeheuer belasten, daß sie die Gesundheit, das Wohlbefinden, die Arbeitsfreude und die Leistungsfähigkeit der wertvollsten Bevölkerung vernichten werden. Sie hoben hervor, daß die deutschen Gewerkschaften diese Vorlage aufs schärfste verurteilen und sie warmes das Zentrum vor der Zustimmung zu diesem Gesetz der Volksverachtung. Alles war vergeblich, sie predigten lauten Diktas. Die Regierungsparteien, einschließlich des Reichstags, nahmen diese Diktas ruhig hin. Sie wußten ja, daß sie die Mehrheit hatten und die Vorlage einfach annehmen würden. Alle Änderungs- und Verbesserungsversuche wurden abgelehnt.

Die Opposition wandte alle parlamentarischen Mittel an, um die Vorlage zu Fall zu bringen. Aber ohne Erfolg, die Mehrheit blieb bis zum Ende beschlußfähig und setzte ihren Willen durch. Die Kommunisten hielten es für richtig, durch Lärm und Tadel und Schimpfen Obstruktion zu betreiben. Die Folge davon war, daß mehrere von ihnen auf 20 Sitzungstage aus dem Reichstag ausgeschlossen und mit Gewalt aus dem Saal gebracht wurden.

Die Reichstagsmehrheit peitschte die Zollvorlage in zweiter und dritter Lesung durch; die Sozialdemokraten versagten unter Protest den Saal, nachdem sie folgende Erklärung abgegeben hatten:

„Wir Sozialdemokraten haben ein hartes Gefühl für die Würde des Parlamentes. Während der letzten Wochen hat die Partei das wiederholt ausgesprochen und sie hat sich mit Hingebung aller Kräfte der vielen Aufgaben unterzogen, die dem Parlament in der letzten Zeit gestellt waren. Größe und tägliche Arbeit ist von uns bisher unter den schwierigsten Verhältnissen und sogar unter der Behauptung der Reichsparteien geleistet worden. Was ist die Demokratie eines Heiliges. Hier findet jetzt eine Entwürdigung der Demokratie statt. Was hier verfolgt wird, ist keine ernsthafte Beratung, das ist das Werk einer unparteilichen Majorität. Hier herrscht rücksichtsloser Machtwille, der darauf hinausgeht, die Massen des Volktrages auf die Schenkel der breiten Volksmassen abzuwälzen, die schon die schwere Last des Krieges und der Inflation zu tragen gehabt haben. Man nennt uns ja, diese Gesetzvorlage, die so tief in die Lebensnerven des deutschen Volkes eingreift, in wenigen Tagen zu beschließen, nur weil das Haus angeblich nicht länger zusammengehalten ist. Für uns ist das kein ausreichender Grund, die Pflicht des Parlamentes, sorgfältige Arbeit zu leisten, außer acht zu lassen; nur so wollen wir an unserem Standpunkt fest, als die Annahme des Gesetzes von Ihnen (nach rechts) selbst als ein Schritt ins Ungewisse bezeichnet wird. Angesichts Ihrer gemauerten Mauer haben wir jetzt nur erklären, daß Sie (nach rechts) vor

aller Welt die Verantwortung allein tragen wollen für diese Gesetzvorlage. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich an der Fertigstellung dieses Gesetzes nicht beteiligen.“

Dann werden die Zollgesetze in Bauisch und Wogen angenommen. Das deutsche Volk wird also keine Dultung bekommen für den Fehler, den es gemacht hat, als es in seiner Mehrheit die Vertreter der Zollwucherer in den Reichstag geschickt hat. Was es sich eingebrocht hat, muß es nunmehr ausessen. Schade nur, daß auch hier, wie so oft, die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden müssen.

Darauf wurde noch verhandelt über das Amnestiegesetz. Der sozialdemokratische Redner betonte als Vordringendes ausdrücklich, daß dies Gesetz erweiterungsbedürftig sei und daß es durch eine Amnestie in den einzelnen Ländern ergänzt werden müsse. Dabei lämen besonders solche Vergehen in Frage, die aus wirtschaftlicher Not begangen seien. Es sollten nicht Schulte und Verbrecher am Wohl des Volkes in Freiheit gesetzt werden, sondern anständliche Leute, die durch die Ungunst der Verhältnisse mit dem Gesetze in Konflikt geraten seien. Der Redner hob noch hervor, daß bewährlicher Weise die Bestimmungen des Gesetzes vorwiegend den Rechtsabfälligen zugute kommen würden, denn die Ausschlußmehrheit hat nun einmal so beschlossen. Nach dem noch ein kommunistischer, ein völkischer und ein demokratischer Redner an dem Gesetz Kritik geübt haben, wird es einstimmig angenommen.

Zum Schluß wird noch eine Frage von sozialpolitischer Bedeutung verhandelt. Der Reichstag hatte vor kurzem beschlossen, daß die den Kleinrentnern gemährten Unterstufungsbeihilfen auch den Sozialrentnern gemährt werden sollen. Doch hat der Reichstag dagegen Einspruch erhoben. Zwei sozialdemokratische und ein kommunistischer Redner wendeten sich kräftig gegen diesen Einspruch und sie setzen es auch durch, daß der Einspruch des Reichstags zurückgewiesen und der ursprüngliche Beschluß aufrecht erhalten wird.

Dann wurde der Reichstag geschlossen und bis zum November vertagt. Die Abgeordneten der Mehrheit können festbewußt in die Ferien gehen. Aber sie werden begleitet von den Vermahnungen der breiten Volksmassen, denen sie neue schwere Lasten auferlegt haben. Die Abgeordneten der Minderheit verlassen als Besiegte das Schlachtfeld, aber sie tragen das Bewußtsein in sich, ihre Pflicht getan zu haben, und sie legen die feste Hoffnung, daß auch noch einmal bessere Tage kommen werden, wenn die Mehrheit der deutschen Wähler wieder vernünftig geworden sein wird.

## Der Ausschuß des ADGB

besaßte sich in seiner Sitzung am 12. und 13. August mit der wirtschaftlichen Lage, dem Zustand der Bauarbeiter und der Organisationsfrage. Die Meinung des Ausschusses bezüglich der wirtschaftlichen Lage kommt in einer einmütig gefaßten Entschließung zum Ausdruck, worin es heißt:

„Diese wirtschaftspolitische Situation wird groß beunruhigt durch die Verhältnisse des Unternehmertums an die Regierung, durch die Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schlichtungsprädikate, durch die Maßnahmen von Arbeitern zum Zwecke des Lohndrucks, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Kostfundament, auf die soziale Beschöpfung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Erwerbschancen der Arbeiter und durch die vom Unternehmertum des Baugewerbes angeordnete Generalarbeitsperrung der gesamten Bauarbeiter. Ferner durch die unangenehme Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltssteuers, durch die gesetzliche Erhöhung der Wohngebühren, vor allem aber durch die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag.“

„Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichstanzler Dr. Lütcher und die jetzige Regierung das gewinnstüchtige und eigenartige Nachstreben des Unternehmertums. Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Seriosität der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissenschaftler, die Nichtbeachtung der Roten und Proteste der Arbeiter, die Einstellung der amtlichen Schlichtungsstellen, die vielfach in der einseitigen Weise nur die Unternehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige Regierung in den Kreis des Unternehmertums eingeschwenkt ist.“

Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiterschaft unentgeltlich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohngebühren trifft besonders schwer die unbemittelte Bevölkerung der Kleinwohnstätten. Die Heranziehung des steuerfreien Einkommens von 60 auf 80 M., die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1/5 auf 1/3 bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die Erhöhung der indirekten Steuern auf Gewerbesteuer mehr als aufgehoben. Es bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushalts bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unzulässige Situation.“

In dem der Bundesaußenminister diese Lage feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den gewerkschaftlichen Kampf zu schließen, um in erfolgreichem Widerstand die Grundlage ihres Lebens zu sichern.“

Die Entwertung der Kämpfe im Baugewerbe führte zu einer Entschärfung, die der baugewerkschaftlichen Arbeiterschaft die volle Teilnahme anbringt. Dann heißt es weiter: „Sollten die der Bauarbeiterzeit angezwungenen Kämpfe von den dem ADGB angeschlossenen Bauarbeiterverbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB bereit, zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter nach bester Möglichkeit beizutragen. Der Bundesaußenminister beauftragt den Bundesvorstand, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und durchzuführen.“

Zu Fragen der Organisationsfrage hatte der Vorstand des ADGB eine Entschließung angedreht, wonach der Gewerkschaftsausschuss erneut auf die Notwendigkeit hinweisen soll, daß die dem ADGB angeschlossenen verwandten Berufsorganisationen sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen sollen. Gemäß dieser Entschließung soll der Kongreß den Bundesvorstand beauftragen, auf Grund der neuen Satzung, die der Kongreß zu beschließen haben wird,

die Industrieverbände nach Möglichkeit zu fördern. Endlich wird betont, daß neben der Stärkung der Einzelverbände und der Förderung der Industrieverbände die beste Kräfteverbesserung der deutschen Gewerkschaften in der Beschlossenheit der ADGB liegt. Die Entschließung des Bundesvorstandes wird mit allen gegen drei Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

## Schamlosigkeit der Preisartelle

Aber Preisfestsetzung und Kartelle schreibt Hugo Bästlein in Nr. 32 der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau:

„Der Herr Reichstanzler hat in der Sitzung des Reichstags am 8. August die Erklärung abgegeben, daß die Regierung bei der Senkung der Umsatzsteuer leider eine entsprechende Preisfestsetzung nicht beobachten konnte; jetzt müßte aber erwartet werden, daß dies geschehe, denn durch die verabschiedeten neuen Steuererlasse seien die Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Reichsregierung werde allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft gegenüber eine einseitige Preisfestsetzung für den 1. Oktober nachdrücklich betreiben und nötigenfalls von ihren gesetzlichen Handhaben zur Preisfestsetzung Gebrauch machen.“

Aus dieser Mitteilung erhellt man, daß die Regierung den Willen hat, die Preise zu senken. Die große Wirtschaft hört man wohl, es fehlt einem aber der Glaube; denn wenn eine Preisfestsetzung vor sich gehen sollte, müßte man den Kartellen und sonstigen Preisvereinigungen gegenüber ganz andere Maßnahmen als die bisherigen anwenden. Nicht nur wird von den Kartellen und Handelsvereinigungen alles aufgeboren, um bestimmte Wirtschaftszweige, u. a. die Einkaufszentrale der Zentralverbände deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumvereine, die Großvertriebs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, erzwungen über die Hauptstadt nicht zu beliefern oder aber ihnen die Rabatte, die der Großhandel bekommt, zu verweigern, sondern man geht neuerdings auch dazu über, für bestimmte Artikel Verkaufspreise festzusetzen und die Konsumvereine zu veranlassen, diese Verkaufspreise einzufassen. Man droht bei Nichtbeachtung dieser Bedingungen mit der Lieferungsstoppere, einer Maßnahme, die man jetzt nur in ganz wenigen Fällen ohne jede Wirkung durchgeföhrt hat.“

Zum Beweise für diese Behauptung wird wiederum ein Beispiel aus dem Kohlenhandel gebracht. Hieraus ist zu erhellen, daß dem betreffenden Konsumverein ein Preis für Kohlen und Briterie vorgeschrieben werden soll, der einen so hohen Nutzen enthält, wie es niemals notwendig ist und auch noch niemals gefordert wurde. Der Konsumgenossenschaft wurde aber mit der Lieferungsstoppere gedroht, falls sie die vorgeschriebenen Preise ihren Mitgliedern nicht abnimmt.

Bästlein bemerkt dazu, daß nunmehr die Kohlenhandlaren nicht nur die Preise für ihre Produkte am Markt, sondern sie auch für den Handel festlegen. Diese Art der Kartellpolitik zeugt davon, daß man dort, Arm in Arm mit dem Handel, dazu übergeht, den Konsumenten das Fell über die Ohren zu ziehen.

## Die Arbeitslosigkeit im Juli

Der Monat Juli wies fast in allen Ländern eine Besserung der Beschäftigung auf, die sich durch eine Abnahme der Arbeitslosen bemerkbar machte. Die Besserungen des Arbeitsmarktes sind aber durchwegs uneinheitlich. Weiter liegen Angelegenheiten vor, die für den laufenden Monat auf eine langsam einsetzende Verschlechterung des Arbeitsmarktes in allen Ländern schließen lassen.

In Deutschland wurden am 16. Juli 820 431 männliche und 84 094 weibliche Arbeitssuchende festgestellt. Verglichen mit der Feststellung am 16. April 1926 hat sich die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden von 898 766 auf 820 431 und die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden von 99 283 auf 84 094 am 16. Juli 1926 gesenkt. Dagegen erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen für männliche Arbeitssuchende nur von 31 864 auf 38 488 und die für weibliche Arbeitssuchende von 24 933 auf 30 223. Es ist also für Deutschland eine nur langsame Abnahme der Arbeitslosen festzustellen, während sich die Zahl der offenen Stellen nicht im Verhältnis der Arbeitssuchenden vermehrt, sondern sogar verringert.

Schlimmer ist die Lage in England, wo im Juni 1926 rund 1 406 166 Arbeitslose gegen 1 294 966 Arbeitslose im Monat Mai gezählt wurden. In Frage kommen hier die gesetzlich versicherten Arbeitslosen, deren Hundertsatz sich von Januar 1926 bis Juni 1926 von 11,8 auf 12,2 erhöhte. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder betrug sich in der angegebenen Zeit von 86 643 — 9 vH des Mitgliederbestandes auf 120 754 = 12,8 vH.

Gegenüber England weisen die anderen Staaten durchweg Besserungen auf. In Frankreich sank die Zahl der unterfertigen Erwerbslosen von 706 im Januar 1926 auf 626 im Juni 1926, in Belgien die Zahl der arbeitslosen Kaufmannsmitglieder in derselben Zeit von 40 228 auf 37 496. Einen erheblichen Rückgang weist auch die Arbeitslosenregister in den Niederlanden auf, wo sich die Zahl der versicherten Arbeitslosen von 39 818 im Januar 1926 auf 19 548 im Mai 1926 verringerte. Nicht ganz so ausgesprochen war die Besserung in der Schweiz, wo im Juni 1926 8084 täglich Arbeitslose gegen 12 184 täglich Arbeitslose im Januar 1926 gezählt wurden. Italien verringerte seine Arbeitslosen von Januar bis Mai 1926 von 156 382 auf 101 406, Österreich seine unterfertigen Erwerbslosen von 187 103 auf 130 767, Schweden die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von 29 926 = 14,8 vH des Mitgliederbestandes auf 18 920 = 7,8 vH. Auch in Dänemark fiel die Zahl der Arbeitslosen von 16,9 auf 9,3 vH. Dagegen weist Polen eine Verschlechterung der Lage auf. Für Mai wurden 178 140 Arbeitslose festgestellt gegenüber 172 420 Arbeitslose im Januar. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahl der Arbeitslosen in Polen im Februar 1926 rund 184 430 betrug. Gegenüber Februar ist also eine Besserung festzustellen.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Versicherungs-Vereins-Gesellschaft, Hamburg 5.

## Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Reegg (Köln, West.)

Flugzeugmotoren, die nur 0,5 Kilogramm je Pferdekraft wiegen

Ein Flugzeugmotor muß imstande sein, seine Höchstleistung lange Zeit hindurch abzugeben; er muß sich leicht wieder erholen, möglichst wenig Verschleiß verursachen, große Dauerhaftigkeit aufweisen, vor allem soll er ein sehr geringes Gewicht, bezogen auf die Pferdekraft, haben. Der letzte große Fortschritt auf diesem Gebiet ist der von General Robert-Hotchkiss von 500 und 600 PS, die je PS nur noch rund 1/2 Kilogramm wiegen. Es sei hier daran erinnert, daß eine 1000 PS-Silbermotor etwa 500 Kilogramm Gewicht besitzt; der Motor eines Sport-Flugzeuges wiegt über 100 Kilogramm und leistet nur wenig über 25 PS. Der im Kriege viel genutzte Liberty-Motor hatte eine Leistung von 400 PS und wog ein Gewicht von 370 Kilogramm. Der kleinere der neueren Robert-Hotchkiss-Motoren wiegt sehr wenig kaum ein und leistet bei 2000 Umdrehungen in der Minute 500 PS bei einem Gewicht von 328 Kilogramm. Die größte Leistungsfähigkeit besitzt 800 PS bei derselben Drehzahl und hat ein Gewicht von 432 Kilogramm oder nur 0,5 Kilogramm je PS. Der neue 500 PS-Motor wiegt weniger kaum ein als der alte Liberty-Motor und weist deshalb, in die Flugzeug eingebaut, weniger Einwirkungsverlust. Beide Robert-Hotchkiss-Motoren sind bezüglich auf dem Prinzip der 60 Zylinder hindurch mit voller Relativität unterbrochen gelassen sowohl in Konstruktion als auch in ungeschätzter Leistung. Diese liegt die Bedeutung dieser Apparate; es handelt sich hier nicht um eine solche Umwälzung, sondern um die stetige Durchbildung und Verbesserung jedes einzelnen Teiles der Maschine. Geplante Leistung ist für vor allem durch Erigerung der Drehzahl erreicht und 2000 Umdrehungen je Minute ist eine ungeheure Geschwindigkeit für

Motoren von solchen PS-Zahlen. Die bedeutende Leistung, die auf so kleinem Raum entwickelt wird, bringt es natürlich mit sich, daß sehr große Wärmemengen abzuführen sind, was hier durch ein besonderes Kühlsystem erreicht wird.

## Aus der Radiumchemie

Die steigende Nachfrage nach Radium und die hohen Preise haben dazu geführt, daß man nach immer weiteren Fundstellen Ausschau hält. Bis zum Jahre 1921 schätzte man das gesamte, in der ganzen Welt ergrubene Radium auf 140 Gramm, davon etwa 100 Gramm auf die Vereinigten Staaten entfielen. Gegen Ende des Jahres 1922 trat in dieser Beziehung ein vollständiger Umschwung ein, als in den Sümpfen-Gruben (belgischer Kongonant) bei der Verhüttung von Kupfererz beträchtliche Mengen von verhältnismäßig hochprozentigen Uranium- und Radiumerzen entdeckt wurden. Seit dieser Zeit entstanden über 20 vH der gesamten Radiumerzeugung dem belgischen Kongo. In Amerika, das früher fast die Hälfte der Gesamtmenge lieferte, sind heute die meisten Radiumerze wegen Unrentabilität geschlossen. Das hauptsächlichste Radiumerz der Vereinigten Staaten ist der Carnotit, eine Art Sandstein, in dem Spuren von Radiumerzen eingestreut sind. Wie natürlich die Gewinnung von Radium aus diesem Ausgangsprodukt war, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man die folgenden Zahlen erfährt: Um ein Gramm elementares Radium zu erhalten, waren nach 500 Tonnen sorgfältig angereichertes Erz, etwa 600 Tonnen Sphalerit, eine Petrolkraft, die 1000 Tonnen Kohlen entspricht, etwa 10 000 Tonnen des belgischen Radiumerzes und die Arbeit von 150 Menschen während eines Monats erforderlich. Im Gegensatz hierzu sind die Radiumerze der Sümpfen-Gruben viel leichter zu bearbeiten; man schält sie, auf das genaueste sortiert und in Säure verpackt, nach Amerika, wo sie nach keiner Ferrarstellung gewöhnlich weiterverarbeitet werden. Das Endprodukt ist gewöhnlich reines Radiumchlorid, das als solches oder auch als Bromid,

meistens aber als Sulfat Verwendung findet. Die Zukunft der Radiumindustrie hängt hauptsächlich davon ab, ob das Radium noch ausgedehntere Verwendung in der Heilkunde finden wird.

## Fortschritte im Brückenbau

Die Fortschritte im Brückenbau sind auf das engste verknüpft mit jenen des Eisenhüttenwesens. Benutzt man anfanglich für den Bau des Schwelzeisen, so kam seit Ende des vorigen Jahrhunderts ausschließlich Flußeisen, und zwar seit Einführung des Thomas-Verfahrens hauptsächlich Thomas-Flußeisen in Betracht. In der neuesten Zeit zeigt sich wieder einmal ein Wendepunkt, indem bei großen Brückenanlagen den legierten Stählen, wie beispielsweise dem Nickelstahl, dem Chromnickelstahl oder dem Siliziumstahl, der Vorzug gegeben wird. Siliziumstahl, der heute schon verhältnismäßig billig zu haben ist, zeigt eine etwa um 40 vH höhere Festigkeit als Flußeisen und ermöglicht häufig eine beträchtliche Ersparnis an Baustoffen. Bei Verwendung der erwähnten Stahlsorten als Werkstoff sollen die erforderlichen Querschnitte kleiner aus, das Eigengewicht der Brücke wird kleiner, die Bauart schlanker und die Stützweiten können wesentlich größer gemacht werden. Stützweiten von 300 Meter verurteilen heute verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten. In der letzten Zeit ist eine ganze Reihe von Brücken in hochwertigem Baustoff verfertigt worden, so zum Beispiel die im Bau begriffene zweigießerige Eisenbahnbrücke über die Elbe bei Sömmerda. Das Gesamtgewicht der eisernen Überbauten mit Auflagern beträgt hier rund 4700 Tonnen; bei Verwendung von Flußeisen wären rund 6000 Tonnen erforderlich gewesen. Die Gesamtgewichtersparnis besizert sich hier auf etwa 17 vH. Die Ersparnisse treten um so auffälliger in Erscheinung, je größer die Brücke ist. Beim Neubau einer zweigießerigen Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Hochfeld kommt ebenfalls legierter Stahl zur Verwendung in einem Gesamtgewicht von 7000 Tonnen. Bei Verwendung von Flußeisen oder, wie man heute allgemein sagt, Fluß-

# Mehr Wertbewußtsein!

Was im folgenden von kühner Seite dargelegt ist, bestätigt die Wichtigkeit der Maßnahme, die wir Kollegen geben, die nach Rumänien wollten. Selber wurden unsere Warnungen meist überhört, wie die nach kurzer Zeit kommenden Silberkriege beweisen. Was hier unten von Rumänien gesagt ist, gilt natürlich auch mehr oder weniger für andere europäische und südamerikanische Staaten.

Dem deutschen Arbeiter, den die trüben Verdienstmöglichkeiten bewegen, die Heimat zu verlassen, kommt, wenn man an der Grenze keine Pässe prüft und die unbekannteren Länder sich vor ihm aufspannen, wohl ein Anreiz zum Bewußtsein: daß er mit dem Verlassen des Heimatbodens sich aller jener Erregungsfaktoren begeben, deren er als Klassenbewußtes Glied der deutschen Arbeiterschaft teilhaftig war.

Das neue Land, dem er die Werte seines Könnens bringt, läßt es gar zu oft an der Würdigung dieser Gabe fehlen und verweigert ihm gleich von vornherein die Bewilligung des Aufenthalts. Oder diese Bewilligung ist an eine endlose Kette von Festsstellungen geknüpft, die alles andere sind als ein froher Willkomm. Der Umstand, daß selbst die Siegerstaaten das Verbot der Arbeitslosigkeit fürchten müssen, mag manche harte Maßregel erklären, aber es ist wohl zu überlegen, ob es nicht ratsam ist, daß der deutsche Arbeiter nicht allzu lehr- und gehobillig sein können in den Dienst von Leuten stellt, die deutsche Arbeit nicht im vollen Wert bezahlen wollen!

Ich habe während meines Aufenthalts in Rumänien schon eine ganze Anzahl junger, tüchtiger Facharbeiter aus der deutschen Heimat hoffnungsvoll kommen, dann bedenklich werden — und nach kurzer Zeit mit getäuschten Erwartungen, aber einem breiten Seufzer wieder gehen sehen. Es mag dann unter dem Eindruck der wechselnden Bilder der Heimreise manches Unangenehme verlaufen, aber daß es ein verheißenes Vergnügen war, sein Heil als deutscher Facharbeiter in Rumänien zu versuchen, hat mir fast ausnahmslos jeder beim Abschied bezeugt.

Dieser Tage fiel mir ein Zettel in die Hände, worauf ein junger deutscher Schlosser, W. S., seine Wochenansgabe verzeichnet hatte. Ich ließ dem jungen Mann während seines Hierseins oft Bücher, und so war sein Ausgabebetzel als Leszeichen in ein Buch geraten.

Weim Lesen der sauber ausgezeichneten Posten und Pöschchen stand mir der junge Schlosser so recht als Beispiel vor Augen dafür, wie es einem Deutschen hier ergeht. Er war auf Ruf einer Maschinenfabrik, in der sein Onkel schon arbeitete und der ihn empfohlen hatte, nach Rumänien gekommen. Er war angekommen mit Anzügen, Schuhen, Wäsche usw. im Koffer und allerhand schöne Pläne im Kopf. Sein Onkel bediente ihn, aber er gleich ihm in den Arbeiterbaracken unangelegentlich wohnen konnte. Da er aber dort außer der Gesellschaft von 25 Arbeitern verschiedener Nationalität die von Millionen Wangen hätte in Kauf nehmen müssen, schauerte der junge Mann. Er suchte sich ein einfaches Unterkommen bei sächsischen Schusterleuten. Was er bei diesen und sonst noch zu bezahlen hatte, ist auf dem oben erwähnten Zettel verzeichnet:

Frau Stolz . . . . .	100 Lei	7 Spritzer . . . . .	42 Lei
7 Kaffee . . . . .	49 "	Schuhreparatur . . . . .	40 "
Wäschgeld an Frau Stolz	45 "	Tea, Spiritus und Zucker	41 "
Seife und Zahnpasta . . .	30 "	Kranlengeld u. Steuern	83 "
Bratmarthen . . . . .	16 "		
Briefbogen . . . . .	15 "	Zusammen	854 Lei
7 kg Brot . . . . .	98 "	Lohn . . . . .	960 "
7 Tage Brot . . . . .	120 "		
7 Tage Mittageissen . . . .	175 "	bleibt	108 Lei

Es waren also dem jungen Mann, der sich tagsüber selbst beschäftigte, nach Zahlung der notwendigsten Ausgaben, die sich mit geringen Schwankungen jede Woche wiederholt haben dürften, von seinem Wochenverdienst 106 Lei verblieben. Er lebte sehr einfach, rauchte nicht, trank nicht; sein einziges Vergnügen waren sonntägliche Wanderungen in die nahen Berge. Daß er ein guter Arbeiter war, beweist der hohe Stundenlohn von 20 Lei.

Er ist nach siebenmonatigem Aufenthalt mit geringerem Koffertinhalt wieder heimgefahren — gerade an dem Zeitpunkt, wo er sich das Rückfahrgehd zusammengeparkt hatte. Beim Abschied sagte er mir: „Lernen konnte ich hier nur, wie man sich nicht machen soll. Wenn wir Deutschen mit unserm Fleiß und unseren Fachkenntnissen hier nur erreichen können, daß wir gerade jatt werden, daß man uns ausnutzt und schief ansieht und daß man, wenn man krank wird, verkommt — warum um Gotteswillen bleiben wir denn nicht daheim?“

Ich sagte: „Ihrem Onkel geht's ja aber wohl ganz gut hier?“ Der junge Mann wurde rot: „Wenn man soweit kommt wie er — in dem Wanzengloch wohnen, in schmierigen Fehden arbeiten (wer kennt hier einen blauen Anzug?), tagsüber Palinka (schlimmster Fusel) und so und so viel Glas Wein hinter die Binde gießen — dann kommt man vielleicht dazu, sich „wohl zu fühlen“. Nein, es ist in Rumänien um jeden deutschen Arbeiter schade.“ Damit fuhr er wieder nach Deutschland, wo zwar die Fleischportionen kleiner sind, aber wo er doch wenigstens in die

zahl hätte man 10 200 Tonnen aufwenden müssen. Wie ersichtlich, bedeutet dies eine Werstoffersparnis von ungefähr 30 vH; die Ersparnis an den Kosten ist wegen der höheren Preise des legierten Stahles und den etwas höheren Kosten für die Verarbeitung indessen etwas niedriger und dürfte im vorliegenden Falle schätzungsweise 25 vH betragen.

### Wie Grubengasexplosionen entstehen können

In den Bergwerken benutzt man heute vielfach elektrische Glühlampen, die von einer tragbaren Akkumulatorenbatterie gespeist werden. Es wurde nun wiederholt schon die Frage aufgeworfen, ob nicht dadurch Explosionen entstehen könnten, daß versehentlich eine Glühlampe zerplatzt und der glühende Lampenfadens dann etwa vorhandenes Grubengas entzündet. Um hierüber Aufschluß zu erhalten, wurden kürzlich vom Bergwerksdepartement der Vereinigten Staaten Untersuchungen angestellt, die diese Vermutungen voll bestätigten. Es kamen für die Zwecke des Versuches drei Typen von Grubenlampen zur Verwendung, nämlich solche für 2 Volt und 0,8 Ampere, für 2,5 Volt und 1,1 Ampere und für 4 Volt und 0,5 Ampere, die von einer 6,5 Volt-Batterie von 37 Amperestunden Kapazität den Strom erhielten. Die zu prüfenden Gase wurden in eine kurze Eisenröhre eingeschloffen, die an einem Ende einen Verschlussdeckel besaß, in dem ein rundes, etwa 7 Zentimeter im Durchmesser messendes, 12 Millimeter starkes Glasfenster sich befand. Am anderen Ende der Röhre war ein Deckel mit zwei Zuleitungen festgemacht, durch die Gas und Luft zugeführt werden konnten. Eine kleine, am Rohr angebrachte Öffnung war mit durchscheinendem Pergamentpapier überzogen und hatte den Zweck, im Augenblick der Explosion als Ventil zu wirken und dem Druck nachzugeben. Die Glühlampen wurden von unten her durch einen verschraubbaren Verschluss in die Röhre eingeschoben und durch einen besonderen Sockel in bestimmter Stellung festgehalten. Durch eine von oben in die Ver-

große emporstrebende Gemeinschaft seiner Klassengenossen einzuwirken und wirken kann.

Das alles ist so unrichtig nicht. Der deutsche Arbeiter findet hier Betriebe und Werkzeuge in einem für ihn abstoßenden Zustande. Hölzwerk an so vielen Ecken. Überall der alleinstigmachende Schmutz. Viel wird gestohlen oder durch Niederlichkeit gestohrt.

Und die Werkstattkollegen? Die Sachsen (so werden jene zur Zeit Maria Theresias aus Trier, Schwaben und Süddeutschland Eingewanderte genannt), die Siebenbürger Arbeiter, kulturell am höchsten stehend in dem Nationalitäten-Gemisch, stammen von Bauern ab, haben selbst Grund und Haus, sind als Facharbeiter obenan, lieben aber den Deutschen nicht sonderlich. Mißtrauisch von Natur und aus den Verhältnissen heraus, die ihn seit Jahrhunderten zu Abwehr und Eigenbrödelei erzo-gen, sind die Siebenbürger, obwohl deutsch gestimmt, dem deutschen Einwanderer durchaus nicht zugetan.

Der Rumäne kommt in den seltensten Fällen als Facharbeiter in Frage. Sein Gebiet liegt in der Landwirtschaft, weshalb er sich zum großen Teil nur dann der Industrie zuwendet, wenn die Bodenbestellung vorbei ist. Er ist ungeheuer anspruchslos und lebt bei Polenta und Mamalica (in Wasser gekochtes Maismehl) mit vielen Zwiebeln von 9 Lei Stundenlohn herrlich und in Frieden.

Kein Zweifel, daß durch entsprechende Anleitung der rumänische Arbeiter infand gesetzt werden kann, sehr Gutes zu leisten. Aber noch fiel nicht der eiserne Hammer Schlag der Notwendigkeit. Dieses geeignete Land nährte bisher seine genügsamen Kinder. Und fündlich ist auch in jeder Hinsicht der Horizont breiter Volksmassen, den die Not noch nicht erweiterte.

Der Leser wird leicht erkennen, daß diese Zustände wenig Angriffspunkte geben für einen deutschen Arbeiter, der Klassenbewußt, gebildet, bildungshungrig und entwicklungsfähig, hervorgegangen aus der harten Schule der letzten Jahre, in dieses Land kommt. Er bleibt Außenstehender! Bildungsmöglichkeiten fehlen. Gewerkschaftlicher Anschluß ist für ihn unmöglich. Die harmloseste Vereinnahmung deutscher Staatsangehöriger wird irgendwie politisch verdächtig.

Den einfachsten gesundheitlichen Anforderungen wird Hohn gesprochen. Arbeiterfürsorge, außer solcher kirchlicher Armenunterstützung, gibt es nicht. Krankenanstalten sind in der landesüblichen Weise so organisiert, daß ihre Leistungen im Ernstfalle unzureichend sind.

Mag sein, daß andere die rumänischen Verhältnisse besser finden als ich. Aber wenn man in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bewandert ist und die Möglichkeit hatte, den Wert deutscher Arbeit und deutschen Könnens mit rumänischen Werten zu vergleichen, so wird man schwerlich anders empfinden, als hier geschildert. Der deutsche Arbeiter sollte sich mehr seines Wertes und seines Könnens bewußt sein und wohl bedenken, daß er sich selbst, seiner Klasse und deren Zukunft schadet, wenn er seine Arbeit zu billig verkauft. M e h a.

## Wann ist der amerikanische Automarkt gesättigt?

Auf die Vereinigten Staaten entfallen von der Weltproduktion an Kraftwagen 92 Hundertteile. Diese Menge konnte bis jetzt bis auf geringe Bruchteile auf dem heimischen Markt untergebracht werden. Wenn dies nicht mehr in demselben hohen Grade möglich sein wird, wird getrachtet werden, den Überschuß auf dem ausländischen Markt abzulegen, was hier verstärkter Wettbewerb bedeutet. Schon aus diesem Grunde ist es verständlich, daß ebensowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa gefragt wird, wann der nordamerikanische Markt mit Kraftwagen gesättigt ist. Die Beantwortung dieser Frage ist leichter, als man annehmen mag.

Im Jahre 1924 waren in den Vereinigten Staaten 17 591 981 Kraftwagen (Personenautos und Schlepper) eingeschrieben. Es ist somit jede sechste bis siebente Person der Bevölkerung schon mit einem Kraftwagen versehen. Da es in dem Lande rund 20 697 000 Wohnhäuser und 21 352 000 getrennte Familien gibt, so kann man, ohne viel feil zu gehen, annehmen, daß der nordamerikanische Markt 20 bis 25 Millionen Kraftwagen aufnehmen vermag. Die nordamerikanische Industrie kann gemäß ihres heutigen Umfangs und der Leistungsfähigkeit etwas mehr als 5 Millionen Wagen im Jahr herstellen. Das letzte Jahr schwante die Erzeugung zwischen 3 und 4 Millionen Stück. Sonach wird es, da schon 17,5 Millionen Wagen im Gebrauch sind, nicht mehr lange dauern, bis der amerikanische Markt mit Kraftwagen gesättigt ist.

Wenn der Sättigungspunkt erreicht ist, werden auf dem heimischen Markt nur noch soviel Wagen abgesetzt werden können, als der Ertrag bedingt. Das Durchschnittsalter eines Wagens beträgt zurzeit acht Jahre. Um 24 Millionen voll im Gebrauch zu halten, bräuchten also jährlich nur 3 Millionen hergestellt zu werden. Das ist gewiß noch eine erhebliche Anzahl, wäre aber demnach nicht genügend, um die amerikanische Industrie bis zur vollen Höhe ihrer heutigen Leistungsfähigkeit zu beschäftigen. Hieraus wird sich ein verstärkter Wettbewerb auf dem Innern wie Außenmarkt ergeben, und nur die ganz leistungsfähigen Betriebe werden den Wettkampf überleben.

Wie war es möglich, daß der amerikanische Markt so ungeheuer viele Automobile aufnehmen konnte? Die Hauptursache ist die stetig gewachsene Billigkeit, die, wie gerungen bekannt, vornehmlich auf Ford zurückzuführen ist. Eine andere Ursache ist der Verkauf von schon gebrauchten Wagen zu einem wesentlich herabgesetzten Preis als den der Anschaffung. Die Besitzer eines teuren Wagens verkaufen ihn

in einer Brennkammer eingeführte Neuestange, deren Hub genau begrenzt war, konnte bereits die Glasbirne zerbrechen werden, ohne daß der Faden Schaden nahm. Bei den Versuchen wurde nun so verfahren, daß man zunächst das Gasgemisch in die Kammer einführte, die Glasbirnen einschaltete, Spannung und Strom bestimmte und dann die Glasbirne zerbrach. Es zeigte sich, daß je nach der verwendeten Spannung in 30 bis 100 vH der Fälle die Explosion eintrat, wodurch endgültig die Notwendigkeit bewiesen ist, in den Bergwerken elektrische Glühlampen nur in Verbindung mit besonderen Schutzvorrichtungen zu verwenden.

### Ein Tauchtaucher geht auf 160 Meter tief

Die Tauchapparate haben eine große Bedeutung erlangt. Man benutzt sie bei der Korallen-, Schwamm-, Perlmuschel- und Perlentiererei, bei Wasserbauten (Preßluftgründungen), bei der Ausbesserung von Schiffen, im Bergbau usw. Im allgemeinen bestehen die Tauchapparate, die eine freie Bewegung zulassen, aus einem wasserdichten Anzug, Fleischschuhen und einem Helm, der mit Augengläsern versehen und mit einer die Atmungsluft zuführenden Druckpumpe verbunden ist. Die Grenze für die Taucharbeiten liegt erdgeschichtlich bei etwa 50 Metern. Ein Hindernis für die Vergrößerung der Tauchtiefen war nicht so sehr die Zuführung der Atmungsluft, sondern stets der Wasserdruck, der beispielsweise bei 40 Meter Wassertiefe schon 4 Atmosphären beträgt, wozu noch der Druck der äußeren Luft (= 1 Atmosphäre) hinzukommt. Zur Schöpfung der Tauche, die starken Durchschwankungen ausgeht, ist, soll der Taucher in einer Minute nur etwa 2 Meter steigen oder herabstufen. Besonders wichtig für die Gesundheit des Tauchers ist die langsame Druckentspannung. Wie verlaugt, ist nun neuerdings von Carl ein Tauchtauchapparat gebaut worden, der einen beträchtlichen Fortschritt bedeutet. Die neue, einem Ritterpanzer gleichende Anordnung ermöglichte es nämlich einem Taucher, im oberbairischen Waldsee

so günstig jedes Jahr wieder zu viel geringeren Preis an Leute, deren Mittel nicht zu einem neuen Wagen reichen. Die dritte Ursache ist das Abzahlungsgeschäft, das es auch einem Manne mit niedrigem Einkommen ermöglicht, sich einen Wagen auf Grund seines künftigen Einkommens zuzulegen. Daß keine dieser Ursachen auf ewig fortwirken kann, ist einleuchtend.

Nun wird, wie schon erwähnt, die Hoffnung auf den Auslandsmarkt gesetzt. Allein, hier sind die Wünsche entschieden größer als die Erfolgsaussicht. Zwar ist gewiß, daß sich dank der überlegenen Leistungsfähigkeit und der Billigkeit die Einfuhr, die in keinem Jahre 10 vH der Erzeugung betrug, noch steigern läßt. Aber der Steigerung sind enge Grenzen gesetzt. Denn einem großen Absatz in anderen Ländern steht entgegen, daß dort das Einkommen des Mittelstandes wie der Arbeiter verhältnismäßig niedrig ist. Die Geringfügigkeit des Einkommens ließe es selbst dann nur in beschränktem Grade zum Massenabsatz kommen, wenn Abzahlung in ganz kleinen Raten gewährt werden würde, weil eben ein solches Einkommen die Unterhaltung des Wagens nur schwer erlaubt.

In der Autoindustrie werden etwas höhere Löhne gezahlt als in den meisten anderen Gewerben Nordamerikas. Nach den neuesten Angaben, die sich auf den Monat März 1925 beziehen, betrug in der Autoindustrie der große Wochenlohn durchschnittlich des gelernten Arbeiters 32,97 Dollar, in der Gesamtheit aller Industrien 31,08 Dollar. Der Wochenlohn der ungelernten Leute war 25,60, in der industriellen Gesamtheit 23,86 Dollar. Für die Frauen lautet die entsprechenden Zahlen 18,60 und 17,92. In der Autoindustrie haben sich die Löhne von 1914 bis 1924 ein wenig mehr als verdoppelt, eine Steigerung, die etwas hinter der Erhöhung in der Gesamtindustrie zurückbleibt.

## Der christliche Marschall Fong-Yu-Hiang bekommt Zweifel

In China sind fast alle christlichen Kirchen und Seiten vieler Länder eifrig dabei, arme verlorene Seelen zu bekehren. Es preist sich natürlich jede der Missionsgesellschaften für die allein richtige an. Unter solchen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß es bei der Bekehrung chinesischer Seelen so zugeht, wie in der Jerusalemer Grabeskirche am Osterfest. Die Missionare beschränken sich aber nicht auf ihr Bekehrungsgebiet, sondern suchen auch die politischen und Handelsbeziehungen ihrer Staaten oder besonderer Firmen zu betreiben. Dadurch sind manchem der zu Christen bekehrten Chinesen Zweifel an der Güte des christlichen Glaubens aufgekommen. So auch dem christlichen Marschall Fong-Yu-Hiang. Eine längere Unterredung mit dem Berichtserstatter der Boykott-Zeitung schloß er mit folgenden Worten:

„Ich bin in schwere Zweifel geraten, für was die christliche Lehre, die ich empfangen habe, eigentlich nützen soll und für welchen Zweck die fremden Länder überhaupt das Christentum hier auszubringen wünschen. Ist es wahr, wie so viele behaupten, daß das Christentum in China nur ein äußerliches ist? Seit langer Zeit hat man die Missionare angeklagt, daß sie nur als Geschäftsspieler nach China kämen. Wie werden die Christen dieser Artlage begegnen? Wehe uns, seit so langer Zeit schon ist die Moral des Christentums in der Ferkelung begriffen. England beansprucht das Christentum als Staatsreligion. England hat zuerst China mit dem Opium vergiftet. Ihm folgte der Raub von Hongkong und die Wegnahme der chinesischen Seehölle. Diese Maßnahmen verletzten schwer die Souveränität des Landes. Jetzt schlagen die Engländer unsere Volksgewissen ab, als ob diese noch unter den niedrigen Tieren ständen. (Die Erschießung von chinesischen Arbeitern während des jüngsten Streiks ist gemeint. Schriftl. d. M. B.) Und zu meinem Entsetzen schweigen alle Missionare still dazu. Die Christen der Welt fallen heute abgrundtief.“

Was würde der Marschall erst sagen, wenn er die Haltung der christlichen Priesterchaft während des Weltkrieges in der Nähe hätte beobachten können?

Zunehmender Ausfuhrhandel der Vereinigten Staaten. Das vergangene Jahr bedeutete für die Vereinigten Staaten ein Rekordjahr in bezug auf den Außenhandel. In diesem Jahre wurden Waren im Werte von 8,2 Milliarden Dollar und im Gewicht von 93 Millionen Tonnen ein- bzw. ausgeführt. Der Außenhandel der Vereinigten Staaten hat sich seit 1913 beinahe verdoppelt. Bei der Entwicklung des Außenhandels spielt die Steigerung der Ausfuhr eine immer größere Rolle. Während der Zeit der Hochkonjunktur im Jahre 1923 war die Industrie durch die Versorgung des Inlandes so weit im Anspruch genommen, daß sie weniger Gewicht auf die Ausfuhr legen mußte. Seit dem vorigen Jahr sind aber die Ausfuhrerlöse im Steigen und werden im laufenden Jahr eine neue Rekordhöhe erreichen. Bei Beobachtung dieser Entwicklung fällt auf, daß sich der Kreis der Ausfuhrwaren der Vereinigten Staaten außerordentlich erweitert hat. Vor dem Krieg wurden nur einige Waren in großen Mengen ausgeführt. Nun zehnten der amerikanischen Gesamt-Ausfuhr entfielen auf 20 Waren, unter diesen auf Baumwolle, Getreide, Fleisch, Kupfer usw. Demgegenüber zeigt die Ausfuhrstatistik von 1924, daß die ersten 100 Ausfuhrposten zusammen nur 87,7 vH der Gesamt-Ausfuhr ausmachten. Darunter sind 72 Waren mit weniger als 1 vH vertreten. In den verbleibenden 12,25 vH sind 100 verschiedene Ausfuhrwaren enthalten. In dieser Verbreiterung der Ausfuhr spiegelt sich sowohl die wachsende Industrialisierung wie die Tatsache wieder, daß das zum Gläubiger gewordene Amerika Anleihen für die ganze Welt gewährt hat, was automatisch zu einer Erweiterung seiner Ausfuhr über die ganze Welt führen muß.

All jene sozialten Schmarotzer, die nur deshalb den maßgebenden Organisationen fernbleiben oder sich mit billigen Scheinorganisationen drapieren, um die Opfer der organisierten Kameraden nicht mittragen zu müssen und jene die Kassen aus dem Feuer holen lassen, die nur miternten, aber nicht pflügen und mähen wollen, für diese Sorte von Un- und Scheinorganisationen brauchte man rechtlich das Prinzip der Koalitionsfreiheit nicht zu verfechten.

Professor Dr. W. S i m m e r m a n n in der „Sozialen Praxis“ vom 15. März 1923.

eine Tiefe von 160 Metern zu erreichen, was zweifelslos einen Weltrekord darstellt; dabei erfolgte das Herablassen sehr schnell, und das Herausziehen war nach 20 Minuten beendet. Wie Gutmacher kürzlich in einem vor der Gesellschaft für technische Physik in Kiel gehaltenen Vortrag ausführte, konnte der Taucher frisch und munter seinem Apparat entsteigen und teilweise mehrere Stunden unter Wasser verweilen. In 160 Meter Tiefe war es dem Taucher möglich, auf dem Boden des Sees auf und ab zu gehen und in 110 Meter Tiefe Arbeiten auszuführen.

### Eigenartige Antennen

Das französische Marineverhulshat kürzlich Versuche mit einer Antenne ausgeführt, die lediglich aus einem Hech in die Luft gespritzten Wasserstrahl bestand. Das Wasser wurde dem Meere entnommen und mit Hilfe der Schiffspumpen in die Höhe geschleudert, wobei man gleichzeitig dafür Sorge trug, daß die Wasserfälle an die drohlose Apparatur des Schiffes angeschlossen war. Es zeigte sich hierbei, daß auf diese Weise Hecken aus etwa 80 Metern zu übertragen waren. Natürlich erwies sich diese Seewasserantenne nicht ganz so wirksam wie die übliche Anordnung und der Zweck der Versuche war ja schließlich auch nur der, zu probieren, ob ein solcher Wasserstrahl für den Fall, daß die üblichen Send- und Empfangsdrähte weggeschossen sind, überhaupt als Antenne zu gebrauchen ist. Eine andere, ebenfalls eigenartige Antenne ist kürzlich für die Verwendung an Flugzeugen patentiert worden. Es wurde gefunden, daß der Gasstrahl des Auspuffs der Motoren infolge seiner hohen Temperatur stark ionisiert und daher elektrisch leitend ist. Diese Gasantenne hat außerdem die gerade für Flugzeuge wichtige Eigenschaft, daß sie kein Gewicht besitzt. Wie angegeben wird, konnten mit dieser leichten Antenne erfolgreich Nachrichten sowohl ausgesandt als auch empfangen werden.

